

Internationale Freigeistige Rundschau 4/2023

Europa

Europäische Union

(5825) **Luxemburg.** Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass eine öffentliche Verwaltung (also Bund, Länder oder Gemeinden) das sichtbare Tragen von Zeichen, die weltanschauliche oder religiöse Überzeugungen erkennen lassen, verbieten kann. Der EuGH bestätigte damit seine Rechtsprechung aus den Jahren 2017 und 2022.

Anlass des Urteils war die Klage einer Muslimin in Belgien. Die Frau arbeitet seit 2016 in der Verwaltung der Gemeinde Ans und bekleidet dort die Stelle einer Büroleiterin, wobei sie in der Regel nicht mit Personen in Kontakt kommt, die öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Sie übte ihre Tätigkeit zunächst aus, ohne Zeichen zu tragen, die ihre religiösen Überzeugungen erkennen ließen. 2021 beantragte sie, am Arbeitsplatz Kopftuch tragen zu dürfen. Die Gemeinde lehnte ihren Antrag ab und änderte anschließend die Arbeitsordnung, indem sie eine Verpflichtung zur "exklusiven Neutralität" am Arbeitsplatz einführte. Allen Arbeitnehmern der Gemeinde ist es demnach verboten, am Arbeitsplatz irgendein sichtbares Zeichen zu tragen, das ihre religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen erkennen lässt, und zwar unabhängig davon, ob sie Publikumskontakt haben.

Der EuGH entschied nun, dass dies zulässig ist (AZ: C-148/22), wenn die Norm allgemein und unterschiedslos auf das gesamte Personal dieser Verwaltung angewandt werde. Das bedeutet allerdings nicht, dass öffentliche Verwaltungen nun ihren Angestellten strikte Neutralität verordnen *müssen*. Das Gericht betont, dass ebenso zulässig sei, wenn sich eine andere öffentliche Verwaltung für eine andere Neutralitätspolitik entscheide. (*Humanistischer Pressedienst*, 29.11.23)

Dänemark

(5826) **Kopenhagen.** Das dänische Parlament hat nach langer Diskussion mit 94 zu 77 Stimmen ein Gesetz verabschiedet, das die Schändung von heiligen Texten verbietet. Damit reagiert es auf eine Reihe von öffentlichen Koranverbrennungen durch islamfeindliche Aktivisten; die wiederum wütende Demonstrationen in muslimischen Ländern ausgelöst hatten.

Ziel des Gesetzes war letztlich, der Terrorgefahr in Dänemark entgegenzuwirken, aber die Meinungsfreiheit zu wahren. Das neue Gesetz stellt unter Strafe, „eine Schrift mit erheblicher religiöser Bedeutung für eine Religionsgemeinschaft öffentlich in einem größeren Kreis unangemessen zu behandeln“. Wie schwierig die Abgrenzung jedoch ist, zeigt die Regelung, Kunstwerke, bei denen „ein kleiner Teil“ eine Schändung beinhaltet, aber Teil einer größeren künstlerischen Produktion ist, nicht unter das Verbot fallen zu lassen. Die Regierung erklärte auch, dass es „Raum für religiöse Kritik“ geben müsse und dass es keine Pläne gebe, eine 2017 aufgehobene Blasphemieklausel wieder einzuführen.

Allein 2023 haben (zumeist rechtskonservative oder extremistische) Aktivisten mehr als 500 Proteste, darunter Koranverbrennungen, vor Botschaften muslimischer Länder, vor Gotteshäusern und in Einwanderervierteln veranstaltet. Dänemark hat sich wiederholt davon distanziert, aber darauf bestanden, dass die Meinungsfreiheit einer der wichtigsten Werte der dänischen Gesellschaft sei.

Denjenigen, die gegen das neue Gesetz verstoßen, drohen Geldstrafen oder bis zu zwei Jahre Gefängnis. Bevor das Gesetz in Kraft tritt, muss es von Dänemarks Monarchin Königin Margrethe offiziell unterzeichnet werden
Im benachbarten Schweden gibt es bisher kein Gesetz, das die Verbrennung oder Schändung des Korans oder anderer religiöser Texte ausdrücklich verbietet. Wie in den meisten westlichen Ländern gibt es auch in Schweden keine Blasphemiegesetze. (*american press*, 8.12.23)

Deutschland

(5827) **Wiesbaden.** Das Interesse am Studium der evangelischen Theologie hat innerhalb von vier Jahren drastisch abgenommen. Waren laut Statistischem Bundesamt im Wintersemester 2017/18 noch 12.536 Studierende bundesweit eingeschrieben, studierten 2021/22 gerade noch 9.764 das Fach. Der Studiendekan der Theologischen Fakultät Tübingen meinte, angesichts der Ablehnung der Kirchen in der Gesellschaft könne man froh sein, dass überhaupt noch Studierende kämen. (Evangelisches Gemeindeblatt für Württemberg, 13.8.23)

(5828) **München.** Das Ergebnis der Landtagswahl in Bayern wurde zu einem erheblichen Teil von der Konfessionszugehörigkeit bestimmt. Die CSU (37 %) wurde von Katholischen zu 42 und von Evangelischen zu 38 Prozent gewählt, während sie "nur" von 26 Prozent der Konfessionsfreien die Stimme erhielt - was aber deutlich mehr war als die 19 Prozent vor fünf Jahren. Auch Freie Wähler (15,8 %) wurden von Kirchenmitgliedern (18 %) häufiger gewählt als von Konfessionsfreien (13 %). Bei den Grünen (14,4 %) machten 10 Prozent der Katholischen und 17 Prozent der Evangelischen ihr Kreuz, aber immerhin 21 Prozent der Konfessionsfreien. Bei SPD (8,4 %) und FDP (3,0 %) wichen die Anteile der Konfessionsfreien mit 9 bzw. 4 Prozent kaum vom Durchschnitt ab. Die AfD (14,6 %) erhielt von Angehörigen der beiden Kirchen wie auch von Konfessionsfreien nur knapp unterdurchschnittliche Zustimmung, dafür aber von Orthodoxen und Anhängern der (meist russlanddeutschen) Freikirchen besonders viele Stimmen. Gerade die bereits ansässigen Migranten wehren sich besonders heftig gegen einen weiteren Zuzug, der ihre Arbeitsplätze gefährden würde. (*Forschungsgruppe Wahlen*, 9.10.23)

Anm. *MIZ-Red.:* Konfessionsfreie blieben überdurchschnittlich häufig der Wahl fern oder wählten Splitterparteien. Die Ursache dürfte sein, dass sich im Wahlkampf keine der drei Ampel-Parteien erkennbar für eine klare Trennung von Staat und Kirche aussprach bzw. dies im Wahlkampf angemessen thematisierte. Dabei hätte es genug Gründe gegeben, z.B. Söders Anordnung von 2018 zur Anbringung von Kreuzen im Eingangsbereich staatlicher Gebäude oder das riesige Ausmaß an staatlichen Subventionen für die Kirchen: So existieren z.B. sechs der elf katholischen Fakultäten Deutschlands an bayerischen Universitäten - zusätzlich zur katholischen Uni in Eichstätt. Sie könnten leicht zu einem einzigen Ausbildungsort zusammengelegt werden. Im Ergebnis verschenkten wohl alle drei Parteien mindestens einen Prozentpunkt, der allerdings das Gesamtergebnis nicht nennenswert verändert hätte.

(5829) **München.** Die sogenannte „Reerdigung“ soll es im Freistaat Bayern nicht geben. Laut einem Schreiben des bayerischen Gesundheitsministers Holetschek (CSU) sei diese alternative Bestattungsform ein „Verstoß gegen die Bestattungspflicht und eine Verletzung der Würde des Verstorbenen“. Sie entspräche „nicht dem sittlichen Empfinden der Allgemeinheit“. Bei einer Reerdigung wird der Leichnam in eine Art geschlossenen Kokon gelegt und innerhalb von 40 Tagen zu Humus umgewandelt, der dann auf einem Friedhof

beigesetzt wird. Laut den Anbietern dieser Art von Bestattung sei dies auch gut für die Umwelt. Das bayerische Gesundheitsministerium meint hingegen, dass die ökologischen Aspekte einer Reerdigung „allenfalls von untergeordneter Bedeutung“ seien.

Bereits im Juni 2023 Jahres wurde die Reerdigung in Nordrhein-Westfalen untersagt. Das dortige Gesundheitsministerium wollte „Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung“ nicht ausschließen, konnte sie aber auch nicht belegen. In Sachsen-Anhalt gibt es dagegen Bestrebungen, die Bestattungsform zuzulassen. Bei einer Anhörung im Landtag sprach sich die Mehrheit der Experten für eine entsprechende gesetzliche Regelung aus. Das dortige Katholische Büro zeigte sich daraufhin bestürzt. (*Der Spiegel*, 28.10.23)

Anm. MIZ-Red.: Bei einem so sensiblen Thema wie der eigenen Bestattung (oder der von Angehörigen) geht es um höchstpersönliche Grundrechte und nicht um behauptete Mehrheitsmeinungen, an die sich die Andersdenkenden anzupassen haben. Im übrigen erinnert das "sittliche Empfinden der Allgemeinheit" fatal an das "gesunde Volksempfinden" vor 90 Jahren, mit dem autoritäre Ideologen schon einmal die Bevölkerung gleichschalten wollten.

(5830) **Ulm/Hannover.** Die jüngste, alle zehn Jahre durchgeführte Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (kurz KMU) zeigt, wie weit die Auflösungserscheinungen vor allem in der evangelischen Kirche bereits fortgeschritten sind. Für nahezu vier von fünf Befragten hat Religion überhaupt keine (38 Prozent) oder nur wenig (40 Prozent) Bedeutung. Insgesamt stuft die KMU 56 Prozent der Deutschen als „Säkulare“ ein, 25 Prozent als „Religiös-Distanzierte“, 13 Prozent als „Kirchlich-Religiöse“ und 6 Prozent als „Alternative“.

Nur mehr vier Prozent der Katholischen und sechs bei den Evangelischen sind ihrer Kirche noch eng verbunden. Zusammengeschmolzen ist auch die Gruppe der Mitglieder, für die ein Kirchenaustritt *nicht* in Frage kommt. Waren es bei den Protestanten in der letzten KMU 2012 noch 74 Prozent, sind es jetzt nur noch 35, bei den Katholiken gar nur mehr 27 Prozent. Hingegen werden in der Untersuchung 43 Prozent der katholischen und 37 Prozent der evangelischen Mitglieder als „austrittsgeneigt“ eingestuft, also insgesamt zwei von fünf.

Vertrauen in die Institution Kirche hat nur noch jeder elfte Katholische und knapp ein Viertel der Evangelischen. Daher geht das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD nicht davon aus, dass mit einer Abnahme der Austrittsneigung kurz- und mittelfristig nicht zu rechnen ist. War eine Studie an der Universität Freiburg 2019 noch zu dem Schluss gekommen, dass sich die Mitgliederzahl der Kirchen (auf Basis der Daten für 2017) bis 2060 halbieren werde, rechnen die Experten nun, dass dies bereits um etwa 2045 eintreten wird.

Das Meinungsforschungsinstitut *Forsa* hatte für die KMU 5.282 Personen zwischen Oktober und Dezember 2022 befragt, darunter neben Protestanten und Konfessionsfreien erstmals auch Katholiken. Kirchliche Fachleute bezeichnen diese nunmehr sechste Auflage als eine der größten religionssoziologischen Studien in Deutschland überhaupt. Von "schonungslosen Analysen" schreibt die evangelische Kirche, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD, bescheinigt den Initiatoren "Mut, diese Selbsterforschung zu betreiben". Die *Neue Züricher Zeitung* kommentierte nüchtern: "Die Bedeutung der Kirchen bricht in sich zusammen." (Mitteilung der EKD, 14.11.23; KNA, 14.11.23; *Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg, 17.12.23)

Anmerkungen MIZ-Red.:

1. Dabei ist in der jüngsten KMU ein weiterer "Sprengsatz" noch gar nicht erfasst: 96 Prozent der katholischen und 80 Prozent der evangelischen Mitglieder meinen, ihre Kirche müsse sich grundlegend verändern, wenn sie eine Zukunft haben wolle. Das Problem der evangelischen Kirche: Die Vorstellungen ihrer Mitglieder über die

Richtung der Veränderung driften weit auseinander. So wollen z.B. die einen mehr Flüchtlinge aus dem Mittelmeer retten, die anderen hingegen wollen weniger ins Land lassen. Viel schlimmer sieht es jedoch bei den Katholiken aus, wo der Papst soeben mit Rücksicht auf die Weltkirche einen Großteil jener Reformen kategorisch abgelehnt hat, die die deutschen Katholiken für unabdingbar halten (vgl. Meldung 5848).

2. So sehr die Kirchen auch zerbröseln mögen, so wenig ändert sich allein dadurch an ihrer privilegierten gesellschaftlichen Stellung. Dafür braucht es zusätzlichen Druck seitens säkularer Verbände, die den Abbau dieser Privilegien aktiv anschieben müssen. Das wiederum kann nur gelingen, wenn sich mehr säkular orientierte Menschen in solchen Verbänden organisieren.

(5831) **Frankfurt.** Eine Anführerin einer sektenartigen religiösen "Selbsthilfegruppe" aus Hanau wurde vom Landgericht Frankfurt wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Ein vierjähriges Sektenmitglied wurde bereits 1988 in einem Sack erstickt, was bis 2015 für einen Unfall gehalten wurde, ehe Sektenaussteiger Hinweise auf das Verbrechen gaben. In einem Prozess gegen die Mutter hieß es im Oktober 2022, die Sektenchefin habe der Mutter eingeredet, der Junge sei die "Reinkarnation Hitlers" und Gott werde ihn zu sich holen. (*Hessenschau*, 4.10.22; *Frankfurter Rundschau*, 16.11.23)

(5832) **Hannover.** Nach nur zwei Jahren hat Annette Kurschus (60) ihr Amt als Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Nach Recherchen der *Siegener Zeitung* war sie als Gemeindepfarrerin in Siegen schon Ende der 1990er-Jahre über Vorwürfe sexuellen Fehlverhaltens gegen einen engen Kirchenmitarbeiter informiert, hatte diese aber nicht gemeldet. Die Zeitung hatte die Aussage zweier betroffener Männer zitiert, die Kurschus damals "im Detail über die Missbrauchsvorwürfe informiert haben wollen". Beide bekräftigten ihre Aussagen mit eidesstattlichen Versicherungen. Zudem ergaben die vorläufigen Ermittlungen der Siegener Staatsanwaltschaft, dass der Beschuldigte offenbar über Jahre hinweg junge Männer sexuell bedrängt hatte. Kurschus beteuerte hingegen zunächst, sie habe damals nichts vertuscht: „Ich habe allein Homosexualität und die eheliche Untreue des Beschuldigten wahrgenommen“. Da ihr dies aber - unter dem Eindruck der sich verdichtenden Ermittlungsergebnisse - auch innerhalb der Kirche offenbar nur mehr wenige glaubten, sah sie keine Alternative mehr zum Rücktritt.

Damit ist Kurschus nach Margot Käßmann die zweite Frau an der EKD-Spitze, die ihre leitenden Kirchenämter vorzeitig abgibt. Käßmann trat im Februar 2010 zurück, nachdem sie alkoholisiert Auto gefahren und von der Polizei gestoppt worden war. (*KNA*, 20.11.23; *Tagesschau*, 20.11.23)

(5833) **Köln.** Der Hamburger Historiker Thomas Großbölting, einer der Experten bei der Aufarbeitungsstudie für das Bistum Münster, blickt kritisch auf den Umgang der katholischen Kirche mit der Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch. Zwar habe sich in den letzten fünf Jahren einiges getan im Vergleich zu früher. Bemerkenswert sei, "dass wir über unser Aktenstudium etwa ein Drittel mehr Fälle und ein Drittel mehr Täter rekonstruiert haben als in der MHG-Studie" von 2018.

"Ich sehe aber auch große Defizite in der Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt. Es ist nicht gelungen, in diesen fünf Jahren einen Zugang zu den betroffenen Männern und Frauen zu finden, aus deren Perspektive Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt vorrangig eigentlich geleistet werden müsste. Es ist auch nicht gelungen, über Kernfragen von kirchlicher Machtverteilung in der Kirche zu sprechen. Und das ist die Grundlage für Machtmissbrauch und damit auch für sexualisierte Gewalt. Die Idee von der heiligen Institution, die Markierung von

Männern als heilige Männer und Priester, ist sozusagen die Pastormacht. Diese Macht befähigt im Kern den Täter dazu, Macht gegenüber den Kindern, auf die er zugreift, auszuüben und dann sexualisierte Gewalt auszuüben. Über diese Ermöglichungsbedingungen von sexualisierter Gewalt müsste in der Kirche offensiv geredet werden." Stattdessen gebe es in der Kirche seit ein bis zwei Jahren "einen Überdruß der Beschäftigung mit sexualisierter Gewalt". Der hänge mit dem Gegenwind aus Rom gegen strukturelle Reformen zusammen. "Mir scheint, in der innerkirchlichen Lage verändert sich die allgemeine Stimmung gegenüber dem Umgang mit sexualisierter Gewalt und die Türen für dieses Thema werden eher geschlossen als geöffnet."

Großbölting nannte überdies eine noch viel weitergehende, grundsätzlichere Voraussetzung für eine Überwindung der patriarchalen innerkirchlichen Strukturen: "Sie [die Politiker] müssen sich gegen eine 60-/70-jährige bundesrepublikanische Tradition stellen, nämlich die hinkende Trennung von Kirche und Staat. Was in der Ära Adenauer wunderbar zu beider Gunsten als Win-Win-Situation funktioniert hat, ist jetzt nicht nur aufgrund der Säkularisierung, sondern insbesondere in diesem Skandalfall "sexualisierte Gewalt" absolut disfunktional geworden. Und trotzdem verabschieden sich Politikerinnen und Politiker nicht von diesem Zusammenhang." Er reagierte damit auf die Frage eines Journalisten des Kölner *Domradio.de* ("*Es steht die Forderung einer Wahrheitskommission im Raum, also dass der Staat intervenieren soll, weil die Kirche mit der Aufarbeitung überfordert sei. Die Ampelkoalition in Berlin zögert wohl etwas damit. Was könnte dahinter stecken, warum die Politik hier nicht interveniert, so wie es vielfach gefordert wird?*"). Einschränkend meinte Großbölting aber: "Mit diesem Thema gewinnen Sie als Politiker oder als Politikerin nicht. Sie machen in diesem Zusammenhang keine Wählerstimmen gut." (*Domradio Köln*, 25.11.23; *Vatican News*, 25.11.23)

Anm. *MIZ-Red.*: Genau diese letzte Einschätzung ist inzwischen widerlegt und zeigt, dass der Historiker eben kein Religionssoziologe ist. Gerade die von den Kirchen selbst getätigten Umfragen (vgl. Meldung 5830) belegen, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung sehr wohl eine Änderung des Staat-Kirche-Verhältnisses wünscht, zumal mehr als 80 Prozent (nach kirchlicher Einschätzung, wohlgemerkt!) als säkular oder religiös-distanziert gelten. Aber ob dies bei den Politikern ankommt, die in den Kirchen immer noch einen "Stabilisator der Gesellschaft" sehen?

(5834) **Bonn**. Die deutschen Bischöfe reagieren auf den Mitgliederschwind und die geschrumpfte Quote der Sonntagsgottesdienstbesuche zunehmend mit dem Verkauf von Kirchenbauten. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 131 katholische Kirchen geschlossen. Wegen der meist viel zu groß dimensionierten Gebäude ist in naher Zukunft mit der Stilllegung von noch weit mehr Kirchen zu rechnen. Den evangelischer Landeskirchen zufolge liegt dort die Zahl noch höher. Seit 2019 wurden allein in der relativ kleinen bayerischen Landeskirche 13 Kirchen entwidmet, bundesweit sollen es mehrere hundert werden. (*Augsburger Allgemeine*, 27.12.23; Evangelisches Gemeindeblatt für Württemberg, 13.8.23)

(5835) **München/Augsburg**. Die bereits vorliegenden Kirchendaten in der größten und drittgrößten Stadt Bayerns (1,6 Mio. bzw. 300.000 Einwohner) lassen den Schluss zu, dass die Austrittszahlen zwar geringfügig unter denen von 2022 liegen, aber deutlich über dem Stand jedes anderen Jahrs zuvor. Die Sterblichkeit war allerdings 2021 höher, sodass die Gesamtverluste der Kirchen 2023 ziemlich genau auf dem Niveau von 2021 liegen.

In München sank der Anteil beider Kirchen 2023 um exakt 1,50 Prozentpunkte von 35,20 auf 33,70 %. Darunter war die evangelische Kirche mit 0,38 (von 9,35 auf 8,97 %) relativ gleich stark betroffen wie die katholische. In Augsburg ging der Anteil der Kirchenmitglieder in 2023 von 46,3 auf 44,2 % zurück.

Besonders aufschlussreich ist die Entwicklung, wenn man die letzten drei Kalenderjahre zusammen betrachtet. In 2021 bis 2023 ging der Anteil der Kirchenmitglieder in München um mehr als ein Siebtel (von 39,20 auf 33,70 %) und in Augsburg um ein knappes Siebtel (von 50,9 auf 44,2 %) zurück. Selbst wenn sich dieser Trend wider allen aktuellen Analysen leicht abschwächen sollte, würden die Kirchen - von 2021 an gerechnet - binnen sechs Jahren um ein volles Viertel und binnen eines Jahrzehnts sogar um ein Drittel schrumpfen. (Recherchen der *MIZ*-Redaktion)

Frankreich

(5836) **Paris.** Ab Jahresanfang 2024 lässt Frankreich keine neuen aus dem Ausland entsandten Imame mehr ins Land. Stattdessen sollen die Geistlichen an französischen Hochschulen ausgebildet werden - auch, um gegen islamistischen Separatismus durch vom Ausland bezahlte Kräfte vorzugehen. Damit tritt nun ein Gesetz in Kraft, das Präsident Macron bereits Anfang 2020 auf den Weg gebracht hatte.

Bereits in Frankreich befindliche entsandte Imame haben demnach bis Ende März Zeit, ihren Status zu ändern. Die bisher vor allem aus Marokko, Tunesien und Algerien kommenden islamischen Geistlichen müssen ab dem 1.4.2024 laut Innenminister Darmanin einen neuen Status haben - und direkt von ihrem in Frankreich befindlichen Moscheeverein bezahlt werden. Gleichzeitig soll auch die Ausbildung von Imamen an französischen Hochschulen ausgebaut werden. Mitte Dezember 2023 hatte auch in Deutschland die Bundesregierung mit der Türkei ein Ende der Entsendung von Imamen aus dem Land vereinbart. (*Tagesschau*, 30.12.23)

Anm. *MIZ*-Red.: Eine Frage bleibt allerdings in Frankreich wie in Deutschland offen: Wer bezahlt die Imam-Ausbildung? In einem weltanschaulich neutralen Staat kann dies nicht der großenteils nicht- oder andersreligiösen Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Niederlande

(5837) **Den Haag.** Ab Februar 2024 soll es in den Niederlanden auch schwer leidenden Jungen und Mädchen unter zwölf Jahren unter strengen Voraussetzungen möglich sein ihr Leben zu beenden. Laut Innenministerium betrifft die Regelung etwa fünf bis zehn Kinder pro Jahr, „bei denen die Möglichkeiten der Palliativmedizin nicht ausreichen, um ihr Leiden zu lindern“. Ein entsprechendes Gesetz existiert bereits seit 2014 im Nachbarland Belgien. Über Zwölfjährige können auch in den Niederlanden Sterbehilfe beantragen, doch ist bis 16 die Zustimmung der Eltern erforderlich.

Die in den meisten Ländern verbotene aktive Sterbehilfe ist in den Niederlanden seit 2002 legal. Im selben Jahr zog Belgien nach, Luxemburg folgte 2009. Auch das katholisch geprägte Spanien hat 2021 sowohl aktive Sterbehilfe als auch Beihilfe zum Suizid erlaubt, Portugal folgte im Mai 2023. Die Ausweitung auf unter 16-Jährige war indes von Anfang an von der ethischen Grundsatzfrage begleitet, ab welchem Alter Menschen zur Selbstbestimmung befähigt sind. (KNA, 14.12.23)

Österreich

(5838) **Wien.** Die Katholikenzahl in Österreich ist 2022 gegenüber dem Vorjahr um rund 95.000 auf 4,733 Millionen (=2,0 %) gesunken. Hauptgrund waren die auf 91.000 gestiegenen Kircheng Austritte. Da gleichzeitig aber die Bevölkerungszahl von

8,979 auf 9,106 Millionen gestiegen ist, fällt der anteilige Rückgang mit 52,0 nach 53,8 % erheblich höher aus.

Die Zahl der in Österreich tätigen Priester nahm 2022 gegenüber 2021 zwar nur um 22 auf 3.403 ab, aber nur, weil immer mehr ausländische Geistliche ins Land geholt werden. Die Zahl der männlichen Ordensangehörigen sank um 25 auf 1585, die der weiblichen um 180 auf 2828. (*kathpress*, 13.9.23)

(5839) **Salzburg**. Die *Salzburger Nachrichten* haben eine ungeheuerliche Praxis bei Anträgen auf Opferrente von kirchlichen Missbrauchsoffern aufgedeckt: Für die Zuerkennung einer Verbrechensopferrente ist in Österreich das Sozialministerium zuständig. Dieses verweigert solche Anträge seit Jahren und beruft sich dabei fast immer auf die Gutachten des gleichen psychiatrischen Sachverständigen. Auf diese Weise wurden 244 von 301 Anträgen abgelehnt, obgleich andere Gutachter zu gegenteiligen Ergebnissen kamen, die aber offenbar grundsätzlich ignoriert wurden. Der Sachverständige Wolfgang Pankl jedoch erstellt Atteste unter fragwürdigen Umständen: Er spricht mit den Betroffenen kaum länger als 20 Minuten und stellt stets die gleiche Diagnose: Der Betroffene sei schlichtweg "depressiv", was jedoch nicht im erlittenen Missbrauch begründet sei, sondern in einer traurigen Kindheit bereits in den Jahren vor den Missbrauchser eignissen.

Die "Plattform Betroffener kirchlicher Gewalt" fordert nun von Sozialminister Rauch umgehende Aufklärung über diese Vorgehensweise. Überdies verlangt die Plattform eine rückwirkende Aufhebung aller Entscheidungen sowie eine neue Begutachtung. (*Salzburger Nachrichten*, 22.10.23)

(5840) **Wien**. Die Regierungsparteien ÖVP und Grüne haben den Kirchenbeitragszahlern rechtzeitig zu Weihnachten ein Steuergeschenk gemacht, das ab 2024 die Staatsschulden jährlich um mehr als 100 Millionen Euro steigen lässt. Sie beantragten im Nationalrat eine Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags von 400 auf 600 Euro - für anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften. Konkret betroffen sind davon Beitragszahlende der katholischen, evangelischen und altkatholischen Kirche. Verschwiegen wurde dabei, dass auch in Österreich die Kirchenbeiträge - sie heißen dort nicht Kirchensteuern, weil sie von den Kirchen selbst und nicht vom Staat eingezogen werden - fast gänzlich für eigennützige und nicht etwa für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. (*kathpress*, 16.12.23)

Anm. *MIZ*-Red.: In Deutschland, wo die Kirchensteuersätze etwa dreimal so hoch sind wie in Österreich, gibt es überhaupt keine Grenze bei der steuerlichen Absetzbarkeit der Kirchensteuer. Das bedeutet, dass letztlich der Staat knapp ein Drittel der Kirchensteuern in Form von Steuerermäßigungen rückerstattet, obwohl nicht einmal fünf Prozent der Kirchensteuern für öffentliche soziale Zwecke verwendet werden. Der dadurch entstehende Einnahmeverlust liegt derzeit bei jährlich vier Milliarden Euro, was sich aber im Laufe der Jahre zu riesigen Summen addiert. Wären diese Absetzungsbeträge z.B seit dem Jahr 2000 auch nur halbiert worden, hätte der Staat heute etwa (inklusive der Schuldzinsen) rund 500 Milliarden Euro Schulden weniger - und alle Sorgen wegen der aktuellen Schuldenbremse wären vom Tisch.

Polen

(5841) **Warschau**. Bei der Volkszählung 2021, die erst jetzt publik wurde, haben sich nur noch 27,1 Millionen Polinnen und Polen zur römisch-katholischen Kirche bekannt. Das ist rund ein Fünftel weniger als beim Zensus von 2011. Damals waren es noch 33,8 Millionen. Ihr Bevölkerungsanteil sank demnach von 87,7 auf 71,3 Prozent. Das Ergebnis sorgt in Polen für Aufsehen, weil die katholische Kirche im

Land seit Jahren keine Angaben zur Zahl der Austritte macht. Zuletzt gab es mehrere öffentliche Kampagnen dafür, der Kirche den Rücken zu kehren.

Die zweitgrößte Konfession ist die orthodoxe Kirche mit knapp 152.000 Mitgliedern (2011: 157.000) vor den Zeugen Jehovas (109.000) und der evangelisch-augsburgischen Kirche (65.000). (KNA, 29.9.23)

(5842) **Warschau.** Die neue Mitte-Links-Regierung Polens plant eine umfassende Reform der Kirchenfinanzierung. Künftig soll es eine freiwillige Abgabe der Steuerzahler für Religionsgemeinschaften geben. Der Staat soll nicht mehr wie bisher die Pensions- und andere Sozialversicherungen für Geistliche bezahlen. Regierungschef Tusk erklärte, seine Regierung wolle die Beziehung zwischen Staat und Kirche „zivilisieren“. Bei der Reform gehe man von der Verantwortung der Mitglieder für ihre Kirchen aus. Die Entscheidung über die Bezahlung der Religionsgemeinschaften müsse „bei den Gläubigen liegen, nicht beim Staat“. Aus Polens Staatshaushalt floss 2023 eine Rekordsumme von knapp 50 Millionen Euro in den Kirchenfonds. Er wurde 1950 als Ausgleich für die damalige Enteignung der Religionsgemeinschaften geschaffen. Aus dem Fonds werden Beiträge für die Pensionen und andere Sozialversicherungen eines Großteils der Geistlichen aller Konfessionen sowie Instandhaltungskosten für Kirchen bezahlt. In Polen finanzieren sich die Konfessionen ansonsten durch Kollekten und Spenden.

Tusks rechtsliberale Partei Bürgerplattform hatte im Wahlkampf die Abschaffung des Kirchenfonds versprochen, ebenso ihre jetzigen Regierungspartner, das Linksbündnis und die Partei Polen 2050 von Parlamentspräsident Holownia. In ihrem Koalitionsvertrag mit der konservativ-liberalen Partei PSL von Vizeregierungschef Kosiniak-Kamysz steht allerdings nichts zu dem Thema. Die PSL will bisher an dem Kirchenfonds festhalten.

2013 hatte sich die damalige Regierung von Tusk mit der katholischen Kirche darauf verständigt, den Fonds durch eine freiwillige Kirchenabgabe der Steuerzahler von 0,5 Prozent der Steuerlast nach italienischem Vorbild zu ersetzen. Sie setzte ihren Plan aber nach massiver Kritik nicht um. (KNA, 28.12.23)

Schweiz

(5843) **St. Gallen.** Das von der katholischen Kirche getragene *Schweizerische Pastoralsoziologische Institut (SPI)* rechnet für 2023 mit einem weiteren Anstieg der Kirchaustritte in der Schweiz. Zwar seien 2022 mit 34.500 (=1,3 %) „nur“ wenig mehr Menschen aus der katholischen Kirche ausgetreten als 2021, aber seit 2020 sei das Niveau deutlich höher als früher. Es gebe auffällige Unterschiede zwischen den Kantonen. So verzeichneten die Kantone Genf, Wallis, Neuenburg und Waadt praktisch keine Kirchaustritte, weil es dort auch keine Kirchensteuer gibt. Die Kantone mit den höchsten Verlusten sind demnach Basel-Stadt (3 %), Aargau (2,7) und Solothurn (2,2).

Experten sehen laut dem Institut einen anhaltenden, konstanten Vertrauensverlust zumindest als mitverantwortlich, wenn nicht sogar als Hauptursache. Das Vertrauen der Schweizer in religiöse Institutionen und Kirchen schwinde allgemein. Das betreffe auch die von Missbrauchsskandalen weniger betroffene evangelisch-reformierte Kirche der Schweiz. „Es zeigt sich deutlich, dass der Vertrauensverlust in die Kirche zuallererst auf persönlicher Ebene erfolgt“, analysiert der verantwortliche Experte des SPI. Vertrauensverlust gehe mit einer Distanzierung einher, und die Tendenz, die Kirche zu verlassen, schreite allmählich voran.

In den vergangenen Monaten hatte das Ansehen der katholischen Kirche in der Schweiz mehrere schwere Rückschläge erlitten. Mitte September wurde ein Pilotprojekt der Universität Zürich zu sexuellem Missbrauch im kirchlichen Kontext veröffentlicht. Einige Tage zuvor wurde bekannt, dass die römische Kurie eine

Voruntersuchung gegen mehrere Schweizer Bischöfe durchführte. (*kath.ch*, 30.10.23; *KNA*, 31.10.23)

Spanien

(5844) **Madrid.** Unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit hat sich die katholische Kirche in Spanien nun bereit erklärt, auch jene Opfer sexuellen Missbrauchs zu entschädigen, deren Fälle strafrechtlich verjährt sind oder aus anderen Gründen nicht mehr geahndet werden können. Dies soll auch für Fälle gelten, in denen der Täter bereits verstorben ist.

Bisher hatte die katholische Kirche in Spanien Entschädigungszahlungen erst nach entsprechenden Gerichtsurteilen geleistet. Sie steht seit Oktober 2023 wieder verstärkt unter öffentlichem Druck, nachdem ein vom Parlament beauftragter Ombudsmann seinen Bericht über sexuellen Missbrauch im kirchlichen Raum vorlegte. Dabei wurden zwar keine konkreten Opferzahlen genannt. Der Parlamentsbeauftragte stellte jedoch eine eigens in Auftrag gegebene Umfrage mit rund 8.000 erwachsenen Teilnehmern vor, wonach 0,6 Prozent der Befragten angaben, Missbrauch durch Priester oder Ordensleute erlitten zu haben. Spanische Medien rechneten diesen Wert auf die Gesamtbevölkerung des Landes hoch und kamen so auf mehr als 200.000 Betroffene. (*KNA*, 25.11.23)

Ukraine

(5845) **Kiew.** Laut Mitteilung des ukrainischen Sicherheits- und Inlandsgeheimdienstes SBU wurden „seit Beginn des Krieges mehr als 60 Geistliche der Ukrainischen Orthodoxen Kirche UOC enttarnt, die für Russland arbeiteten und Waffen und Kinderpornografie verkauften.“ Der SBU gehe systematisch gegen „subversive Aktivitäten russischer Sonderdienste und Krimineller im religiösen Umfeld der Ukraine“ vor. Seit Beginn des Krieges im Februar 2022 habe der SBU so 68 Strafverfahren gegen Vertreter der UOK eingeleitet, darunter 14 Metropolen. Diese werden beschuldigt, für die Russische Föderation zu arbeiten. Der SBU behauptet weiter, es lägen „20 Tatbestände des Verrats, der Kollaboration und der Komplizenschaft mit dem Aggressorland“ vor. Darüber hinaus ermittelten die Strafverfolgungsbehörden der Ukraine in 18 Verfahren wegen „öffentlicher Aufstachelung zum religiösen Hass sowie wegen des Verkaufs von Schusswaffen und der Verbreitung von Kinderpornografie“.

Die Rechtsabteilung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche betonte hingegen, dass der ukrainische Sicherheitsdienst eine „bewusste Informationskampagne gegen die UOK, ihre Gläubigen und Geistlichen“ führe. Es gebe inzwischen „keine einzige registrierte Kirche des Moskauer Patriarchats in der Ukraine“ mehr. Beobachter wiesen indes darauf hin, dass diese beiden Aussagen kein Dementi der ukrainischen Anschuldigungen darstellten. (*KNA*, 10.10.23)

Vatikan

(5846) **Vatikanstadt.** Mit ungewöhnlicher Deutlichkeit hat der tiefchristliche Vatikan-Korrespondent des Bayerischen Rundfunks und frühere Leiter des BR-Kirchenfunks, Tilman Kleinjung, die Demokratieförderung des Papstes während der Welsynode im Vatikan kritisiert. Dort tagten die Synodalen "weitgehend abgeschirmt von der Öffentlichkeit. Für uns Journalistinnen und Journalisten ist dies extrem unbefriedigend. Mehrfach hat der Papst darauf hingewiesen, was diese Synode nicht ist: 'kein Parlament', 'kein polarisiertes Parlament', 'keine Parlamentssitzung'. Mich irritiert dieses offenkundige Unbehagen, das der Papst angesichts demokratischer Prozesse empfindet. ... Die Geringschätzung des Parlamentarismus, die aus den

Worten des Papstes spricht, ist das falsche Signal" angesichts der weltweiten Zunahme von Diktaturen. (*Bayerischer Rundfunk*, 6.10.23)

(5847) **Vatikanstadt**. Aus einer detaillierten Statistik der vatikanischen Nachrichtenagentur *Fides* und aus dem „Statistischen Jahrbuch“ des Heiligen Stuhls geht hervor, dass der Anteil der Katholiken an der Weltbevölkerung 2021 rückläufig war.

Danach nimmt zwar die Zahl der Katholiken gegenüber 2020 um rund 16 Millionen zu, doch gleichzeitig geht ihr Anteil auf 17,67 Prozent zurück. Insgesamt gibt der Vatikan eine Zahl von 1,38 Milliarden Katholiken an; doch zählt er alle Getauften mit, also auch die, die sich von ihr abgewandt haben. In Europa schrumpft die katholische Kirche offiziell um 244.000 Menschen, Religionssoziologen gehen aber von acht Millionen pro Jahr aus.

Auch die Zahl der Priester sank weltweit auf 407.872. Allein in Europa ging ihre Zahl um etwa 3.600 zurück. Trotzdem gibt es hier immer noch mehr Priester als auf anderen Kontinenten. Auffällig ist ferner, dass Männerorden nur um 795, Frauenorden hingegen deutlich stärker um 10.588 Mitglieder geschrumpft sind. (*fides*, 20.10.23)

(5848) **Vatikanstadt**. Mit nicht mehr zu überbietender Eindeutigkeit hat der amtierende Papst den "Synodalen Weg" der deutschen Reformkatholiken missbilligt und damit schon vorab ad acta gelegt. Ausnahmsweise wird im Folgenden die Berichterstattung von *Vatican News* unverändert und im vollen Wortlaut dokumentiert:

Papst Franziskus hat von neuem Sorge über die Reformvorstellungen der katholischen Kirche in Deutschland geäußert. In einem Brief, über den die Tageszeitung „Die Welt“ berichtet, erklärt er erneut, dass der geplante Synodale Rat in der geplanten Form „mit der sakramentalen Struktur der katholischen Kirche nicht in Einklang zu bringen ist“.

Das Schreiben mit Datum 10. November ist – mit Franziskus' eigenhändiger Unterschrift – die Antwort auf ein Schreiben von vier deutschen Katholikinnen, unter ihnen zwei Theologie-Professorinnen. Der Papst geht auf ihre, wie er referiert, „Bedenken angesichts der aktuellen Entwicklungen der Kirche in Deutschland“ ein. Wörtlich schreibt Franziskus: „Auch ich teile diese Sorge über die inzwischen zahlreichen konkreten Schritte, mit denen sich große Teile dieser Ortskirche immer weiter vom gemeinsamen Weg der Weltkirche zu entfernen drohen“.

Dazu gehöre auch die vor kurzem erfolgte Bildung eines Synodalen Ausschusses, der einen Synodalen Rat vorbereiten soll, um die Beschlüsse des „Synodalen Wegs“ der katholischen Kirche in Deutschland zu verstetigen. Genannter Ausschuss wurde am 10. November - dem Datum des Briefes - in Essen gebildet. Ein Synodaler Rat sei jedoch „in der im entsprechenden Beschlusstext umrissenen Form mit der sakramentalen Struktur der katholischen Kirche nicht in Einklang zu bringen“, darum habe der Heilige Stuhl dessen Einrichtung mit einem Brief vom 16. Januar 2023, den er, Franziskus, ausdrücklich gebilligt habe, „untersagt“.

Der Papst rät den Katholiken in Deutschland, mehr auf Gebet, Buße, Anbetung und das Herausgehen zu den Menschen zu setzen, „anstatt das ‚Heil‘ in immer neuen Gremien zu suchen und in einer gewissen Selbstbezogenheit die immer gleichen Themen zu erörtern“. Der Brief des Papstes ist auf Deutsch verfasst und bittet seine Adressatinnen auch noch um Gebet „für unser gemeinsames Anliegen der Einheit“.

Anm. MIZ-Red.: Soweit der Wortlaut von *Vatican News* vom 21.11.2023. Davon scheinbar völlig unberührt wiegelten die meisten deutschen katholischen Kirchenzeitungen und Presseagenturen ab und schrieben nur von päpstlicher "Kritik"

an Reformbestrebungen - mutmaßlich aus Angst, mit einer ungeschminkten, wahrheitsgemäßen Darstellung Millionen gläubiger Katholischen zu verprellen. Tatsächlich bleibt nun objektiv nur noch die Wahl zwischen dem Austritt, dem Übertritt zu einer anderen Konfession wie etwa zu den Altkatholiken oder aber die Resignation in Form von "Gebet, Buße, Anbetung", wie dies der Papst vorschlägt.

Nordamerika

Vereinigte Staaten

(5849) **Washington.** Jüngere Priester in den USA sehen sich selbst als theologisch weit konservativer als ihre älteren Berufskollegen. Das geht aus einer groß angelegten Studie der *Catholic University of America* in Washington hervor. Kein einziger der nach 2020 geweihten Priester halte sich für „sehr progressiv“, mehr als die Hälfte (52 Prozent) verorten sich hingegen deutlich auf der konservativen Seite der Skala. Interessant sei, dass gerade die jüngsten Priester hohe Loyalität gegenüber dem aktuellen Papst verspürten.

Die Studie stützt sich auf die größte Umfrage unter katholischen Priestern seit 50 Jahren. An der „National study of catholic priests“ nahmen 3.516 der insgesamt rund 10.000 Priester in den Vereinigten Staaten teil. 71 Prozent der befragten Priester gaben an, mindestens ein Opfer von sexuellem Missbrauch durch Geistliche zu kennen, 11 Prozent sogar fünf oder mehr. 9 Prozent teilten mit, sie hätten während ihrer Priesterausbildung oder ihres Priesterseminars persönlich sexuelle Belästigung oder Missbrauch oder sexuelles Fehlverhalten erlitten. (*kathpress*, 10.11.23)

Lateinamerika

Argentinien

(5850) **Buenos Aires.** Der katholischen Kirche laufen ausgerechnet im Geburtsland des Papstes die Anhänger davon. 2008 hatten sich bei einer Umfrage des staatlichen Instituts *Consejo Nacional de Investigaciones Científicas y Técnicas* (CONICET) noch 76,5 Prozent von 2.403 argentinischen Befragten als katholisch bezeichnet. Nur 11,3 Prozent definierten sich als religionsfrei und neun Prozent als evangelikal. Die Anzahl der sich als Mormonen, Zeugen Jehovas oder Angehörige anderer Religionen Bezeichnenden erreichte wenig mehr als drei Prozent.

In einer neuen Befragung durch CONICET im Jahr 2019 bezeichneten sich nur mehr 62,9 Prozent der Befragten als katholisch. Die Religionsfreien wuchsen nun auf 18,9 Prozent, doch nahmen auch die Evangelikalen auf 15,3 Prozent zu.

Seit der letzten offiziellen Befragung im Jahr 2019 hat sich der Verlust der Gläubigen laut regionalen Umfragen weiter erhöht, doch fehlt ein genaues, landesweit belastbares Ergebnis. Der Anteil der sich als katholisch Bekennenden liegt 2023 demnach nur noch knapp über 50 Prozent, die Religionsfreien machen ziemlich genau ein Viertel aus und gut 20 Prozent sehen sich als evangelikal.

(*Humanistischer Pressedienst*, 13.11.23; diverse Untersuchungen von CONICET)

(5851) **Mar del Plata.** Erst im November hatte der Papst José María Baliña zum Bischof von Mar del Plata ernannt; nun nahm er das überraschende Rücktrittsgesuch des bisherigen Weihbischofs von Buenos Aires an und benannte auf der Stelle einen Nachfolger. Die Amtseinführung des 64-jährigen Baliña hätte am 20. Januar 2024 stattfinden sollen.

Medienberichten zufolge hatte der Kandidat gesundheitliche Probleme als Gründe für die Entscheidung genannt, aber die hätte es ja schon vorher gegeben. Hinzu kämen "persönliche und familiäre" Probleme, so der Geistliche in einer Erklärung. Beobachter sehen dies als Umschreibung für die eigentlichen Gründe: Seine Lebensführung habe angeblich nicht immer den christlichen Geboten entsprochen. Daraufhin zog der Vatikan offenbar die Notbremse um einem neuerlichen Skandal von vornherein den Boden zu entziehen. (*Vatican News*, 13.12.23; *kathpress*, 13.12.23)

Afrika

Ghana

(5852) **Accra**. Die katholische Bischofskonferenz von Ghana hat in einem neuen Schreiben ihre Unterstützung für einen Gesetzentwurf gegen Homosexualität bekräftigt. Nach dem Verständnis der Kirche gebe es kein Recht auf eine gleichgeschlechtliche Ehe. Auch dürften homosexuelle Handlungen auf keinen Fall gebilligt werden. Das Gesetz zur „Förderung der angemessenen sexuellen Menschenrechte und der ghanaischen Familienwerte“ stärke die Familie und verbiete homosexuelle Handlungen, so die Bischöfe laut ghanaischen Tageszeitungen vom 12. Dezember. Es sieht aber auch harte Strafen für Verstöße vor, sodass die Beteuerung der Bischöfe, Homosexuelle dürften nicht wie Kriminelle behandelt werden, geradezu scheinheilig wirkt. Das Parlament soll demnächst über die Vorlage abstimmen.

Zuletzt haben mehrere Staaten Afrikas ihre Gesetze zu Homosexualität verschärft. In Uganda drohen seit Ende Mai bis zu 14 Jahren Haft. In Kenia wird über eine Vorlage debattiert, die bis zu 50 Jahre Haft für nicht einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Verkehr vorsieht. Menschenrechtsorganisationen kritisieren diese Entwicklung, christliche und muslimische Gemeinschaften begrüßen sie. Kritik kommt auch aus Südafrika, wo gleichgeschlechtliche Paare heiraten und Kinder adoptieren dürfen. (*KNA*, 12.12.23)

Anm. *MIZ-Red.*: Typisch katholische Doppelzüngigkeit: Wo Homosexualität staatlich verurteilt oder gar bestraft wird, steht die Kirche voll dahinter. Wo sie gesellschaftlich akzeptiert ist, erlaubt neuerdings sogar der Papst "Segnungen für irreguläre Paare" (*Vatican News*, 18.12.23). Wer da nicht begreifen will, dass Letzteres pure Taktik ist, um den Kontakt zu schwulen und lesbischen Schäflein nicht zu verlieren, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Asien

Indien

(5853) **Neu Delhi**. Im konservativ geprägten Indien dürfen gleichgeschlechtliche Paare weiterhin nicht heiraten. Das Höchste Gericht lehnte eine Legalisierung im bevölkerungsreichsten Land der Erde vorerst ab. Die Richter argumentierten, dass sie gar keine Befugnis hätten, die Ehe für alle zu öffnen - stattdessen sei das Parlament dafür zuständig. Das Gericht forderte allerdings die Regierung auf, Rahmenbedingungen für eine staatliche Akzeptanz entsprechender Partnerschaften zu schaffen. "Gleichberechtigung verlangt, dass Menschen nicht aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden", so das Gericht. Zudem sei es falsch, die Ehe als unveränderliche Institution einzustufen. Zugleich wiesen die Richter die Behauptung der Regierung zurück, die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe

sei lediglich eine Forderung der urbanen Elite. "Homosexualität oder Queerness ist kein urbanes Konzept und auch nicht auf die Oberschicht der Gesellschaft beschränkt", hieß es im Urteil.

Die Regierung hatte bisher argumentiert, dass in der indischen Kultur eine Ehe zwischen Frau und Mann stattfinden solle. Auch religiöse Anführer - Hindus, Muslime sowie Christen - stellten sich gegen die Öffnung der Ehe für alle. Dennoch hatte das Höchste Gericht im Jahr 2018 im Sinne der queeren Community entschieden.

Damals kippten die Richter eine Bestimmung aus der britischen Kolonialzeit, die einvernehmlichen Sex von homosexuellen Personen verbot. (*Tagesschau*, 17.10.23)

Japan

(5854) **Tokio**. Die Vereinigungskirche, auch als Mun-Sekte bekannt, mischt immer noch in der Politik mit und macht Premierminister Kishida das Regieren schwer. Dieser bemüht sich um eine sozialere und weniger nationalistische Politik als sein Vorgänger Shinzo Abe, der der Kirche nahestand und im Juli 2022 von einem Ex-Marinesoldaten erschossen wurde, dessen Mutter durch die umstrittene Geldeinnahmepraxis der Sekte in den Ruin getrieben worden war. Nach Abes Tod konnten Ermittler plötzlich ohne Furcht gegen die Regierungspartei wegen Korruption ermitteln, was aber auch seinem eigentlich nicht betroffenen Nachfolger schadet. (*Süddeutsche Zeitung*, 27.12.23)

Ozeanien

Australien

(5855) **Sydney**. Im bevölkerungsreichsten australischen Bundesstaat New South Wales soll ein 16-köpfiger *Rat für Glaubensangelegenheiten* eingerichtet werden, der angeblich die Vielfalt der weltanschaulichen Gruppierungen widerspiegeln und die Regierung beraten soll. Ausgeschlossen sollen allerdings Vertreter der Nichtreligiösen sein. Die *Atheist Foundation of Australia* betrachtet die ausdrückliche Ablehnung durch die Regierung als Form der weltanschaulichen Diskriminierung. Dadurch unterlaufe die Regierung ihr eigenes Kriterium, im Rat für repräsentative religiöse Vielfalt zu sorgen, so die *Atheist Foundation of Australia*. Laut der Volkszählung von 2021 sind 33 Prozent der Einwohner religionsfrei, denen aber auch der allergrößte Teil der 7 Prozent hinzuzurechnen ist, die keine Antwort gaben. Die Katholiken (21 %) und die Anglikaner (10 %) sind deutlich kleiner. Sollte der *Faith Affairs Council* also die tatsächliche Bevölkerung widerspiegeln, müssten sechs der 16 Sitze von Personen besetzt werden, die keiner Religion angehören. (*Humanistischer Pressedienst*, 28.11.23; Recherchen der MIZ-Redaktion)